DER VOLKSWIRT
Gegründet 1848

Europa rettet Pleitiers und verhindert Sanierungen 2

Der Stress-Test der Banken beachtet Staatsanleihen nicht 4

Die Atomenergie bildet einen idealen Fokus für die Urangst 6

Die Organisation der EU lädt zum dubiosen Lobbying ein 8

Solvency II bleibt und Tricks sollen das Ärgste verhindern 10

Die intransparente Transparenz 12

Abo-Service: vvg@inode.at

Jahresabonnement: Österreich: € 55,00 inkl. Mwst., außerhalb Österreichs: € 60,00.

Medieninhaber und Medienunternehmen: Volkswirtschaftliche Verlagsges.m.b.H.
Herausgeber und Chefredakteur: Ronald Barazon
Geschäftsführung, Anzeigenleitung, Vertrieb, Redaktion: alle 1070 Wien, Schottenfeldgasse 93/6
Tel.: 00 43 1 523 74 56
Druck: Robitschek, 1050 Wien.
e-mail: vvg@inode.at
Die grundlegende Richtung wird von der Menschenrechtskonvention, den Prinzipien der freien Marktwirtschaft und der Ablehnung jeder Diktatur sowie jeder Verletzung der demokratischen Freiheiten bestimmt.

Europa rettet Pleitiers und verhindert Sanierungen

Von Ronald Barazon
www.ronald-barazon.com

Unbeirrt setzt Europa seine falsche Politik fort: Der 2010 zur Rettung von Griechenland provisorisch aufgespannte Euro-Schirm wird 2013 durch eine dauerhafte Einrichtung, durch den „Europäischen Stabilitätsmechanismus" abgelöst. Dabei handelt es sich um einen Fonds, der mit Milliarden Staaten in Zahlungsschwierigkeiten helfen wird. Das Signal ist fatal: Alle Pleitiers wissen nun, dass ihnen nichts geschehen wird, es gibt einen Fundus ex machina, der sie rettet.

Es geht nicht um die Staaten, es geht um die Banken

Zahlen werden vor allem Deutschland und die anderen besser situierten Euro-Länder. Und man sollte sich nicht der Illusion hingeben, dass diese aus Mitleid und Solidarität agieren.
Die großen europäischen Banken haben mit Milliarden die nun maroden Staaten finanziert: Griechenland, Irland, Portugal, Spanien stehen im Vordergrund, aber auch andere, wie etwa Italien, haben Probleme. Werden diese Länder oder wird auch nur ein einziges Land zahlungsunfähig, kommt es zu einer Gefährdung der finanzierenden Banken. Die Rettung der Staaten ist also eine Rettung der eigenen Banken.

Banken darf man nicht fallen lassen

Unbestritten ist, dass man Banken nicht fallen lassen darf. Dieses Prinzip hat mehrere Gründe. In der öffentlichen Diskussion wird vor allem betont, dass die privaten Sparguthaben nicht gefährdet sein dürfen. Tatsächlich lösen auch nur vage Gerüchte prompt einen Run nicht nur auf die gefährdeten Banken, sondern auf alle Institute aus.
Noch gefährlicher ist ein weniger beachtetes Phänomen: Wenn die Unternehmen nicht mehr über ihre Guthaben verfügen können, werden keine Rechnungen bezahlt. Dann bricht unweigerlich die Wirtschaft in einer Kettenreaktion von Pleiten zusammen.

Die problematische Rettung der Banken

Es war also sicher richtig, anlässlich der Krise im Herbst 2008 den Banken zur Hilfe zu eilen. Es war und ist auch sicher richtig, die Zahlungsprobleme der maroden Länder ernst zu nehmen.
Die Methode ist allerdings mehr als fragwürdig. Die Rettung der Banken im Jahr 2008 hatte zur Folge, dass die Verantwortlichen keine Konsequenzen für ihre falsche Geschäftspolitik zu spüren bekamen.
Damit nicht genug, nur wenige Monate später wurden munter wieder alle jene Geschäfte betrieben, die in die Krise geführt haben. Man spekuliert wieder eifrig und brüstet sich mit problematischen Gewinnen. Von niedrigen Kursen nach der Krise ausgehend kam es zu einer Erholung der Börsen, die leicht genützt werden konnte.
Die Finanzierung der Realwirtschaft wird weiterhin sträflich vernachlässigt. Allerdings können die Banker diese Haltung leicht verteidigen: Die Unternehmen sind extrem vorsichtig geworden und selbst bei der Kreditaufnahme zurückhaltend, Basel II und künftig Basel III wirken als staatlich verfügte Bremsen.

Und wieder der gleiche Effekt

Die nun als „Euro-Schirm" oder „Europäischer Stabilitätsmechanismus" getarnte Bankenrettung verhindert erneut, dass die Verantwortlichen für ihre Fehler büßen müssen.
Stets wird viel von der Analyse der Schuldner geredet. Die Banker konnten leicht feststellen, dass die nun am Pranger stehenden Länder keine hohe Bonität aufweisen. Sie hätten ihre Kreditpolitik auf diese Umstände abstellen können, die Länder wären früher gezwungen gewesen, ihre Staatshaushalte in Ordnung zu bringen und das Problem wäre nicht entstanden.
Aber auch in diesem Zusammenhang winkt eine prächtige Ausrede: Basel II und auch das

Regelwerk Basel III erklären Staatsanleihen für risikolos.
Und ganz nebenbei haben die Banken angesichts der schlechten Bonität, die sie sehr wohl erkannt haben, höhere Zinsen kassiert. Hier zeigt sich eine ewig wiederkehrende Schimäre der Bankbetriebswirtschaft: Wegen des höheren Risikos werden höhere Zinsen verlangt, die einen Polster für den möglichen Ausfall schaffen sollen. Kommt es dann tatsächlich zum Untergang der Forderung, so erweist sich der Polster als unwirksam.
Im Endeffekt kassieren die Banken zuerst die hohen Zinsen und bekommen durch die Banken- und Staatenrettungen doch die Kredite und Anleihen samt den weiterhin hohen Zinsen getilgt.

Auch die Politiker spüren keine Konsequenzen

Die Rettungsaktionen sorgen nicht nur für die Schonung der Bankdirektoren. Auch die Regierungen spüren durch die betriebene Politik keine Konsequenzen.
Die Beispiele Griechenland und Irland zeigen das deutlich. Angesichts einer drohenden Zahlungsunfähigkeit werden rasch die notwendigen Mittel bereitgestellt. Der Druck, Sanierungsmaßnahmen zu ergreifen, ist folglich beseitigt. Zwar werden die Staaten aufgefordert, ihre Budgets in Ordnung zu bringen, man droht mit Sanktionen, erklärt, beim nächsten Mal nicht mehr zahlen zu wollen, die Staatskassen sind aber bereits mit den Hilfsgeldern gefüllt.
Regierungen, die den Auftrag zur Sanierung ernst nehmen, stoßen auf wütende Proteste ihrer Bürger und müssen meist resignieren. Regierungen, die nur von Reformen reden, bleiben im Amt und leben von den Geldern der Retter. Statt den „Europäischen Stabilitätsmechanismus – ESM“ zu installieren, sollten die Verantwortlichen aus den Erfahrungen der vergangenen zweieinhalb Jahre lernen.

Bild: www.bilderbox.com

Eine Schatzkiste, gefüllt mit 80 Mrd. Euro, soll zur Rettung der Banken und Staaten bereit stehen

Wie sollen Banken gerettet werden?

Die Rettung der Banken „Ohne wenn und aber“ war unter dem Schock des Septembers 2008 verständlich. Auch die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit 1918–1938 sind zu berücksichtigen: Die Bankpleiten haben entscheidend zur Krise beigetragen.
Künftig sollten sich die Regierungen aber auf die Sicherung der Einlagen beschränken, um die Sparer und die Unternehmen zu schützen.
Den Vorständen in den Banken müsste klar sein, dass die Institute und ihre Gagen von den Sicherungsmaßnahmen nicht erfasst werden.
Sollten die betroffenen Kreditinstitute nicht in der Lage sein, aus eigener Kraft die Probleme zu lösen, so würde eine staatliche, kommissarische Leitung die Abwicklung besorgen. Diese wäre notwendig, um die Garantie der Einlagen auch administrieren zu können.
Diese Vorgabe allein würde genügen, um Vernunft und Vorsicht in die Banken einziehen zu lassen. Der ESM bewirkt das Gegenteil.

Das sonderbare Strafsystem

Daran ändert auch die originelle Idee nichts, eine Art Strafsystem zu schaffen: Banken, die Anleihen von Pleitestaaten kaufen, sollen in der Krise auf ihre Forderungen ganz oder teilweise verzichten. Allein die Ankündigung bewirkt, dass derartige Anleihen nicht mehr gekauft werden. Damit ist aber nicht etwa die Finanzierung der maroden Staaten unterbunden, in der Folge wird den jetzt bestehende Euro-Schirm und künftig den ESM die ganze Finanzierungslast treffen. Die Anleihen des Euro-Schirms kann man schließlich problemlos kaufen, da die gesunden Staaten für ein erstklassiges Rating sorgen.

Bargeld in der Euro-Kasse?

Schwer nachvollziehbar ist auch der Beschluss, in den nächsten Jahren 80 Mrd. Euro in die Kassa des ESM einzuzahlen: Wo sollen denn die Mittel angelegt werden? Wieder bei den einzahlenden Staaten? Oder will man etwa das Geld bar horten?

Die Rettung der Staaten ist kontraproduktiv

Staaten bringen die Haushalte nur unter Druck in Ordnung und der einzig spürbare Druck ist das Ausbleiben der Finanzierung. Dieser Druck wird durch den Euro-Schirm genommen, wodurch Sanierungen verhindert werden.
Der Euro, der vermeintlich gerettet werden soll, braucht den Schutz nicht. Die Währung ist überbewertet und verträgt eine Abwertung.
Außerdem ist nicht nachvollziehbar, dass alle Staaten als erstklassige Schuldner eingestuft werden. In allen Bereichen gibt es unterschiedlich gute Kreditnehmer und Kreditnehmer, die insolvent werden, somit auch im öffentlichen Bereich.
Diese Widersprüche erklären sich aus der Tatsache, dass es, wie betont, nicht um die Staaten und auch nicht um den Euro, sondern um die europäischen Großbanken geht. Und deren Probleme sollten nicht in einer neuerlichen Geldschwemme ertränkt werden.